

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 4, 7, 33 – Mittelstand, Tariftreue und Mindestlohn

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Andreas Tietze:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 372.11 / 30.06.2011

Schwarz-Gelb ist Lichtjahre von einer sozial gerechten Politik entfernt

Eine kleine Vorbemerkung: Wir haben große Übereinstimmung bei der Beurteilung der Bedeutung des Mittelstandes. 120.000 kleine und mittlere Unternehmen beschäftigen rund 85 Prozent aller ArbeitnehmerInnen in Schleswig-Holstein und sorgen für 90 Prozent der betrieblichen Berufsausbildungsplätze. Der Mittelstand ist das wirtschaftliche Rückgrat unserer Gesellschaft.

Der Mittelstand braucht aber auch verlässliche ordnungspolitische Rahmenbedingungen – wir müssen unseren heimischen Mittelstand schützen vor Lohndumping und ausländischen Billiganbietern.

Aus Grüner Sicht ist der vorgelegte Gesetzentwurf der Landesregierung nach wie vor sehr enttäuschend.

Die Bundesländer Bremen und Berlin haben im Rahmen von Tariftreuegesetzen einen Mindestlohn von 7,50 Euro festgeschrieben. Diese 7,50 Euro Mindestlohn haben wir mit unserem Gesetzesentwurf, den sie in Bausch und Bogen abgelehnt haben, beantragt. Enttäuscht sind wir auch von der SPD – sie lehnen den Mindestlohn ab.

Der Mindestlohn ist ein Meilenstein einer modernen Arbeitsmarktpolitik.

Mir war ja klar, dass die Landesregierung in ihrem Vorschlag zum Mittelstandsgesetz einen Mindestlohn garantiert nicht einführen würde – aber das sie von der SPD sich zum Handlanger von Schwarz-Gelb machen und unseren Entwurf, den wir unter Angabe der Fußnote von den Kollegen aus dem rot-grün regierten Bremen übernommen haben und diese Regierungskoalition mit überwältigender Mehrheit auch wegen ihrer Politik der sozialen Gerechtigkeit wiedergewählt wurde, lehnen sie ab und unseren Argumenten im Ausschuss waren sie nicht zugänglich – das habe ich nicht verstanden, Herr

Kollege Stegner.

Immerhin hat die SPD in ihrem Änderungsantrag unsere Forderung nach Beachtung der ILO (internationale Arbeitsorganisation)-Kernarbeitsnormen übernommen, spät zwar aber willkommen im Club.

Die Formulierungen des Bremer Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe (Tariftreue- und Vergabegesetz) ist ein Meilenstein sozial gerechter Politikperformance in der Arbeitsmarktpolitik.

Qualitative Aspekte sind:

- > Mindestlohn 7,50 Euro,
- > Tariftreue ÖPNV,
- > Arbeitnehmerentsendegesetz,
- > Präqualifikation – vorwettbewerbliche Eignungsprüfung,
- > Kernarbeitsnormen – sozial, ökologisch, Menschenrechte,
- > Umweltstandards.

Nun komme ich zum neuen Gralsritter des Mindestlohns in der schwarz-gelben Tafelrunde, Herrn Arbeitsminister Garg: Ich habe ihr TAZ-Interview mit Interesse gelesen. Wann liest man von einem FDP-Politiker schon mal solche Thesen, wie die Forderung nach einem Mindestlohn? Zitat: „FDP-Politiker und Sozialminister in Schleswig-Holstein, Heiner Garg, spricht sich für Mindestlöhne aus. Seine Partei stehe dem Thema langsam offener gegenüber. *„Meine Auffassung ist seit langem, dass ein Mensch, der täglich acht Stunden arbeitet, davon leben und eine Familie ernähren können muss. Meine Partei hat das Thema in der Vergangenheit gelegentlich zu dogmatisch behandelt, ich werbe für eine Debatte.“*

Mindestlohnbefürworter, Atomkraftkritiker – sie werden ja alle grüner als wir. Aber das sage ich klar und deutlich, Herr Garg: Links blinken - und reden - und bei der Abstimmung über eine moderne Arbeitsmarktpolitik – rechts - abbiegen, das geht gar nicht. Machen Sie nur so weiter, Glaubwürdigkeit geht anders.

Wir wollen einen fairen Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen. Diejenigen Unternehmen bekommen den Zuschlag, die soziale und ökologische Standards einhalten – was ist so schlimm daran? Auf die drängenden Fragen und Herausforderungen einer modernen Arbeitsmarktpolitik gehen sie in ihrem vorgelegten Gesetzentwurf nicht ein. Bei den Rechten der ArbeitnehmerInnen treten sie auf die Bremse. Sie wollen gar keine gerechte Tarif- und Arbeitsmarktpolitik für Schleswig-Holstein – Ihr Gesetzentwurf hat sich dieser großen Herausforderung nicht gestellt.

Sie haben nicht mal im Ansatz einer sozial gerechten Arbeitsmarktpolitik eine faire Chance gegeben. Sie sind Lichtjahre von einer sozial gerechten Politik für Schleswig-Holstein entfernt und deshalb werden sie am 6. Mai 2012 auch abgewählt.
